

Geschäftsführung:
Fachbereich 4 Planen und Bauen

NIEDERSCHRIFT

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid**

am 17.03.2021

im Theatersaal des Kulturhauses, Freiherr-vom-Stein-Straße 9

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Jens Holzrichter FDP

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Susanne Mewes CDU

Ratsfrau Karin Hertes SPD

Ratsherr Otto Bodenheimer Bündnis
90/Die Grünen

Ratsherr Gordan Dudas MdL SPD

Zweiter Stellvertretender Bürgermeister Dirk Franke SPD

Ratsherr Michael Meyer CDU

Ratsfrau Elisabeth Siebensohn CDU

Ratsherr Philipp Siewert SPD

Erster Stellvertretender Bürgermeister Björn Weiß CDU

Vertreter für Ratsherrn Ralf
Schwarzkopf

Herr Eugen Cramer Bündnis

90/Die Grünen

Herr Philipp Kallweit SPD

Herr Torsten Lange DIE LINKE.

Frau Eva Prinz CDU

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Thomas Funk Fraktionslos

Herr Martin Kornau Fraktionslos

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Ratsherr Otto Ersching DIE LINKE.

Gäste:

Ratsherr Jürgen Appelt Bündnis

90/Die Grünen

Ratsherr Michael Thielicke SPD

Verwaltung:

Herr Martin Bärwolf
Herr Andreas Beckmann
Herr Christian Hayer
Herr Holger Moeser
Herr Dieter Rotter
Frau Gudrun Abendroth
Frau Lisa Flender
Frau Vanessa Kühl

Schriftführung:

Frau Birgit Stoltefaut-Voß

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Ralf Schwarzkopf	CDU
Herr Mehmet Kaya	CDU

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:01 Uhr

1. Verpflichtung eines Sachkundigen Bürgers

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Martin Kornau, der seitens der Verkehrswacht Lüdenscheid e.V. als beratend für Verkehrsangelegenheiten Mitglied des Bau- und Verkehrsausschusses ist. Er liest die Verpflichtungsformel vor.

Herr Kornau spricht diese nach.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich bei Herrn Kornau für seine erneute Bereitschaft, den Bau- und Verkehrsausschuss beratend zu unterstützen.

2. Öffentliche Fragestunde

Entfällt

3. Vorstellung der Ergebnisse des Handlungsprogramms aus der Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 072/2021

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Frau Flender vom Fachdienst Umweltschutz und Freiraum und erläutert, dass eine Erläuterung und Beschlussfassung zur Nachhaltigkeitsstrategie der Stadt Lüdenscheid in allen Fachausschüssen erfolgen werde. Im Ausschuss für Umwelt und

Klimaschutz sowie im Stadtplanungsausschuss sei dieses bereits erfolgt. Er bittet Frau Flender um Vortrag.

Frau Flender bedankt sich für die Möglichkeit, die Entstehung des Handlungskonzeptes persönlich erläutern zu können. Anhand der im **Rats- und Bürgerinformationssystem** eingestellten Präsentation stellt sie den Hintergrund, den Entstehungsprozess, die Struktur und die Inhalte vor. Sie führt aus, dass sich die Entwicklung über zwei Jahre erstreckt habe. Lüdenscheid sei eine der Modellkommunen der zweiten Phase des Projektes gewesen. Derzeit zeichne es sich ab, dass es eine weitere und somit dritte Phase mit weiteren Kommunen geben könne. Die zweite Phase sei am 11. März 2021 mit einer virtuellen Abschlussveranstaltung zu Ende gegangen. Die Stadt Lüdenscheid habe eine Urkunde erhalten und dürfe sich seit diesem Tag „Global Nachhaltige Kommune“ nennen. Die Abschlussbroschüre sei derzeit im Druck und werde sobald sie im Haus sei auch in die Politik gestreut. Die Stadt Lüdenscheid sei die einzige Stadt, die so viele strategische Ziele, operative Ziele und Maßnahmen erstellt habe. Sie betont, dass es sich um eine städtische Strategie aber keinesfalls eine Verwaltungsstrategie handele. Als solche bleibe sie lebendig und jederzeit veränderbar. Die heutige Beschlussfassung beziehe sich zunächst auf das Gesamtkonzept. Zu den einzelnen Maßnahmen werde es separate Beschlussvorlagen geben. Zusätzlich sei geplant, einen Nachhaltigkeitsrat zu berufen, der den im letzten Jahr aufgelösten Umweltbeirat ersetze und weitergehende Aufgaben wahrnehmen werde. Als vorstellbares und ambitioniertes Ziel werde eine Teilnahme am Nachhaltigkeitspreis angestrebt. Abschließend bedankt sie sich für die während der gesamten Zeit immer starke Beteiligung so vieler unterschiedlicher Teilnehmer.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Erläuterungen bei Frau Flender und allen Beteiligten.

Ratsherr Dudas bedankt sich zunächst seitens der SPD-Fraktion für die Präsentation. Er fragt nach, ob zu den benannten Städten aus dem Märkischen Kreis sich noch weitere beteiligen könnten.

Frau Flender antwortet, dass das Projekt in der Phase zwei abgeschlossen sei. Die Umsetzung der Ergebnisse liege in der Hand der jeweiligen Kommune. Möglicherweise gebe es ähnliche Folgeprojekte. Für eine dritte Phase würden nur noch sechs Teilnehmer ausgewählt. Die Bewerbungsphase hierzu laufe bereits. Die interessierten Städte oder Gemeinden müssten sich jeweils bewerben und auch einen Zuschlag für die Teilnahme erhalten. Sie führt weiter aus, dass sich beispielsweise die Stadt Altena ebenfalls für die zweite Phase beworben hatte, jedoch nicht ausgewählt worden sei. Nach welchen Kriterien die Auswahl jeweils erfolge, könne sie allerdings nicht sagen.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für den Vortrag.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Stadtplanungsausschuss und der Bau- und Verkehrsausschuss nehmen das Handlungsprogramm als wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer Nachhaltigkeitsstrategie für die Stadt Lüdenscheid zur Kenntnis.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die im Handlungsprogramm dargestellten Ziele in die anstehenden Erörterungen zur Erstellung eines städtischen strategi-

schen Gesamtzielsystems einzubringen. Parallel dazu sollen die genannten Maßnahmen mit verschiedenen Akteuren weiter konkretisiert und hinsichtlich der erforderlichen Ressourcen näher bestimmt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	./.

4. Umlageplanung zum Neubau der Musikschule Vorlage: 031/2021

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Hayer und bittet um Vortrag.

Herr Hayer erläutert anhand eines Planes die gesamte Umlageplanung für den Neubau der Musikschule in der Hochstraße. Er führt aus, dass für die Planung auf dem Grundstück die Zentrale GebäudeWirtschaft zuständig sei. Frau Abendroth sei heute anwesend und könne sich hierzu ergebende Fragen beantworten. Der Fachdienst Verkehrsplanung und -lenkung sei ausschließlich für die umlaufende Gehwegplanung zuständig. Er erläutert, dass sich an die Fußgängerampel vor dem Geschwister-Scholl-Gymnasium auf der Hochstraße in Richtung Oberstadttunnel eine neu gestaltete Hol- und Bringzone anschließe. Die dort derzeit vorhandene Bushaltestelle werde in Richtung der Aula des Geschwister-Scholl-Gymnasiums verlegt und dort barrierefrei errichtet. Die Hol- und Bringzone werde explizit nicht barrierefrei sein. Hier werde ein 12 cm hohes Bord zum Schutz der Fußgänger in Absprache mit der Behindertenbeauftragten eingebaut. Die Pflasterung werde optisch kontrastiert mit den entsprechenden Tastkanten von der Hochstraße bis zur Staberger Straße inklusive der Treppeanlage vor der Musikschule errichtet.

Auf Nachfrage erläutert Frau Abendroth, dass die vorhandenen Stellplätze nicht für die Öffentlichkeit nutzbar seien. Es handle sich hier um die baurechtlich erforderlichen Stellplätze. Der Ausbau der Stellplätze sei mit Fördergeldern erfolgt, so dass eine Nutzungsregelung mit Parkscheinautomaten nicht erfolgen könne. Die unteren Stellplätze seien für das Lehrpersonal und die oberen für die Besucher der Musikschule vorgesehen. Die Errichtung von E-Ladesäulen auf dem Parkplatz sei später möglich, da bereits jetzt entsprechende Leerrohre verlegt worden seien. Die jetzt vorgesehenen vier Fahrradbügel seien ebenfalls baurechtlich erforderlich und böten Platz für acht Fahrräder. Sollte sich später ein höherer Bedarf ergeben und eine Finanzierung möglich sein, könnten weitere Fahrradbügel aufgestellt werden.

Auf Nachfrage von Rats Herrn Siewert bestätigt Herr Hayer, dass die jetzt geplanten Fahrradabstellmöglichkeiten eher nicht ausreichend seien. Voraussichtlich sei eine Fördermöglichkeit für die Aufstellung von Fahrradboxen zu erwarten, so dass die jetzt eingeplanten Fahrradbügel lediglich einen Anfang darstellten. Die Anregung, im Bereich der Musikschule eine der Fahrrad-Service-Stationen zu installieren, nehme er mit.

Die Ausschussmitglieder beauftragen die Verwaltung, in die Berechnung der benötigten Stellplätze für Fahrräder sowohl die vorhandenen als auch die Bedarfe an Stellplätzen für Fahrräder auch der beiden Staberger Gymnasien zu prüfen und mit einzubeziehen.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig bei zwei Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umlageplanung des Musikschulneubaus an der Hochstraße entsprechend der in der Begründung aufgeführten Planung umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	2

5. Straßen- und Wegekonzept gem. § 8a Kommunalabgabengesetz NRW (KAG) Vorlage: 073/2021

Ratsherr Dudas führt aus, dass das Kommunalabgabengesetz (KAG) lediglich in Thüringen und Nordrhein-Westfalen (NRW) zur Abrechnung von Erschließungskosten vorhanden sei. In NRW setze sich die SPD dafür ein, dass dieses abgeschafft werde. Die derzeitige Zwischenlösung sei keinesfalls zufriedenstellend, da die Bürger weiterhin zahlen müssten. Eine Prüfung durch das Verfassungsgericht erfolge derzeit. Daher werde sich die SPD-Fraktion zu dieser Beschlussvorlage enthalten.

Ratsherr Bodenheimer führt aus, dass die Arbeiten bis zum Jahr 2026 festgelegt werden sollen. Die Straße „Oberer Worthagen“ sei bis dahin nicht vorgesehen. Einige Anwohner dieser Straße hätten bereits mehrfach mitgeteilt, dass hier dringend etwas passieren müsse. Er bittet daher, die Straße „Oberer Worthagen“ dringend in die Liste aufzunehmen und auch künftig nach Dringlichkeit weitere Straßen in das Programm aufzunehmen.

Herr Rotter antwortet, dass das Konzept zunächst grundsätzlich so festgeschrieben werden solle. Ob ggf. in Ausnahmefällen weitere Straßen vorzeitig aufgenommen werden könnten, müsse geprüft werden. Darüber hinaus seien hier lediglich die ersten Jahre festgelegt, da immer Planungen erforderlich seien und diese Liste als Richtlinie für die Bürger dienen solle.

Vorsitzender Holzrichter hält fest, dass die Stadt Lüdenscheid die Kosten für die Herstellung einer Straße, die nicht mehr nutzbar sei, tragen müsse. Zu begrüßen sei es, dass die Bürgerinnen und Bürger früher eingebunden würden.

Ohne weitere Diskussion empfehlen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses dem Rat der Stadt Lüdenscheid einstimmig bei acht Enthaltungen folgenden

Beschluss:

Das in der Anlage 1 und 2 befindliche Straßen- und Wegekonzept für die Stadt Lüdenscheid wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	5
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	8

6. Anträge der SPD-Fraktion und der CDU-Fraktion zum Thema Verkehrsberuhigung

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass die SPD-Fraktion einen Antrag zum Thema „Tempo-30-Zonen und Spielstraßen“ und die CDU-Fraktion einen Antrag zum Thema u.a. „Berliner Kissen“ zur Beratung und Beschlussfassung in der heutigen Sitzung eingereicht hätten. Vortrag durch die SPD-Fraktion wird nicht gewünscht.

Ratsfrau Mewes führt aus, dass die CDU-Fraktion dem Antrag der SPD-Fraktion nicht zustimmen werde, weil sie einen eigenen Antrag gestellt hätten. Sie schlägt vor, die beiden Anträge zusammenzufassen. Denkbar sei es, ein Konzept zu erarbeiten und mit den vier im CDU-Antrag benannten Straßen zu beginnen.

Vorsitzender Holzrichter weist darauf hin, dass die Anträge sehr ähnlich seien. Hauptunterschied sei es, dass im Antrag der SPD-Fraktion Fristen benannt seien, im CDU-Antrag dagegen nicht.

Herr Hayer führt aus, dass die Verwaltung das Ansinnen des SPD-Antrages begrüße. Allerdings müsse zwischen „Tempo-30-Zonen“ und „Verkehrsberuhigten Bereichen (Spielstraßen)“ differenziert werden. Eine Einrichtung verkehrsberuhigter Bereiche biete nicht mehr einen so großen Ermessensspielraum für die Stadt Lüdenscheid. Beispielsweise könne dieser Bereich nur in Mischverkehrsflächen mit einem überwiegenden Aufenthaltscharakter entstehen. Dadurch sind in solchen Fällen fast immer Baumaßnahmen erforderlich. Für alle 677 Straßen in Lüdenscheid ist eine detaillierte Einzelfallprüfung aufgrund des Leistungsumfangs nicht möglich. Bis September 2021 sei dieses insbesondere aus personellen Gründen für ca. 10 – 20 Straßen denkbar. Die Erstellung einer Grundstruktur könne erfolgen. Eine Darstellung der vorhandenen „verkehrsberuhigten Bereiche“ und „Tempo-30-Zonen“ inklusive möglicher Erweiterungen könne voraussichtlich auch bis September geleistet werden.

Ratsherr Dudas führt aus, dass es unproblematisch sei, die beiden Anträge zusammen zu beraten und entsprechende Beschlüsse zu fassen. Das Klimaschutzprogramm für die Stadt Lüdenscheid sehe bereits vor, künftig in Wohngebieten die Geschwindigkeit auf 30 km/h zu reduzieren. Darüber hinaus halte er es für wichtig, weitere verkehrsberuhigte Bereiche im Stadtgebiet auszuweisen. Gegebenenfalls könne ein Gesamtkonzept für die Stadt erarbeitet werden, das eine besondere Regelung für Tempo 30 km/h-Bereiche beinhalte. Beispielsweise könne eine unterschiedlich farbige Gestaltung für die Tempo-30- und die Tempo-50-Bereiche im Stadtgebiet geschaffen werden, um die Anzahl der notwendigen Verkehrsschilder möglichst gering zu halten.

Vorsitzender Holzrichter schlägt vor, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Septembersitzung des Bau- und Verkehrsausschusses entsprechend dem Antrag der SPD-Fraktion ein Konzept für eine stadtweite Bewertung der Wohngebiete in Bezug auf die Möglichkeit der Einrichtung von Tempo-30-Zonen zu erarbeiten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Handreichung zur Information der Bürgerinnen und Bürger auf der Internetseite der Stadt Lüdenscheid zu erarbeiten, dem Bau- und Verkehrsausschuss zur Beschlussfassung vorzulegen und zu veröffentlichen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahmen des Antrages der CDU-Fraktion zur Straße „Im Wiesental“ und „Neuenhofer Straße“ bis September zu prüfen.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, weitere verkehrsberuhigte Bereiche in Verbindung mit Ausbaumaßnahmen nach KAG und BauGB zu planen und zu beraten.

Herr Hayer ergänzt, dass ca. alle zwei Jahre neue Straßen für KAG-Maßnahmen festgelegt würden. Eine Prüfung bezüglich der Einrichtung von verkehrsberuhigten Bereichen könne dann jeweils aktuell durch den Fachdienst Verkehrsplanung und –lenkung erfolgen.

Ratsfrau Mewes beantragt, die Bahnhofsallee aufgrund der dort vorhandenen Kindertagesstätte und den Markomannenweg, aufgrund der sich zunehmend häufenden Anwohnerbeschwerden, bereits bis zur Junisitzung des Bau- und Verkehrsausschusses zu prüfen.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem Antrag der Ratsfrau Mewes zu.

Ohne weitere Diskussion fassen die Ausschussmitglieder einstimmig folgenden modifizierten

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Übersicht der Straßen in Wohngebieten vorzulegen, welche sich zur Ausweisung als Tempo-30-Zone eignen. **Frist: 15.09.2021**
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Regeln zur Ausweisung von verkehrsberuhigten Bereichen (sogen. „Spielstraßen“) verständlich schriftlich darzustellen, dem Bau- und Verkehrsausschuss vorzustellen und auf der städtischen Homepage der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. **Frist: 15.09.2021**
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für folgende Bereiche zu prüfen, mit welchen baulichen Maßnahmen (insbesondere sog. „Berliner Kissen“) die Einhaltung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit sichergestellt werden kann:
 - a) Markomannenweg und Bahnhofsallee im Bereich der Kindertagesstätte
Frist: 09.06.2021
 - b) Im Wiesental (in Höhe der Straße „Im Born“) und Neuenhofer Straße
Frist: 15.09.2021
4. Die Verwaltung wird beauftragt, bei zukünftigen Ausbaumaßnahmen (sowohl nach Kommunalabgabengesetz (KAG) als auch nach Baugesetzbuch (BauGB)) rechtzeitig vor Beginn der Anwohnerbeteiligung zu prüfen, ob und wie die Straßen in den betroffenen Gebieten als Tempo-30-Zonen oder als verkehrsberuhigte Bereiche ausgebaut werden können – beginnend mit den im heute beratenen Straßen- und Wegekonzept (Vorlage 073/2021) genannten Straßen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 14
Nein-Stimmen: ./.
Enthaltungen: ./,

6.1. Antrag der SPD-Fraktion zum Thema Tempo-30-Zonen und Spielstraßen vom 23.02.2021

siehe TOP 6

6.2. Antrag der CDU-Fraktion zum Thema u.a. "Berliner Kissen" vom 15.03.2021

siehe TOP 6

7. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

7.1. Vorstellung der Einsatzkriterien für Fußgängerüberwege inklusive Berücksichtigung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 27.01.2021 zum Thema "Instandsetzung und bauliche Ertüchtigung des Fußgängerüberweges Paulmannshöher Straße

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Hayer und bittet um Vortrag.

Herr Hayer erläutert anhand einer Präsentation zunächst die Voraussetzungen zur Einrichtung eines Fußgängerüberweges. Sodann erläutert er die Ausstattung von Fußgängerüberwegen und betont, dass durch die Einrichtung eines Fußgängerüberweges die effektiv nutzbare Fahrbahnbreite auf höchstens 6,50 m beschränkt werden dürfe. Darüber hinaus seien Fußgängerüberwege zwingend behindertengerecht auszugestalten.

Sodann geht er auf den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Fußgängerüberweg in der Paulmannshöher Straße im Bereich der S-Kurve vor den Märkischen Kliniken ein. Er führt aus, dass der Fußgängerüberweg über gute Sichtbeziehungen verfüge. Die Fahrzeuge führen dort mit einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von 31 km/h sehr angemessen. Die Kraftfahrzeugverkehrsbelastung liege bei ca. 5.000 Fahrzeugen täglich. Problematisch seien in diesem Bereich jedoch die Kurvenführung und die Abbieger vom und zum Gelände der Firma Widi.

Die Lage des Fußgängerüberweges sei korrekt gewählt, da hiermit die Fußwegeverbindung von der Sportklinik zu den Märkischen Kliniken gesichert werde. Allerdings fehle eine Sperre vor dem Fußweg zum Fahrbahnrand hin, da dieser leicht versetzt zum Fußgängerüberweg liege und damit die Fußgänger dort nicht direkt auf die Fahrbahn treten könnten. Es sei unbestritten, dass der Fahrbahnzustand in diesem Bereich extrem schlecht sei. Es handele sich jedoch nicht um einen Unfallschwerpunkt, denn Unfälle wurden dort nicht festgestellt werden. Als Baumaßnahme schlägt er vor, eine Fahrbahndeckensanierung vorzunehmen,

die Markierungen zu erneuern, den Fußgängerüberweg auf vier Meter zu verbreitern, die Querungsstelle mittels Sonderborden und mit taktilen Belägen barrierefrei auszubauen sowie die Beschilderung zu erneuern und im Einfahrtsbereich zum Gelände der Firma Widi mit dem Verkehrszeichen 101-11 zu ergänzen. Mittels Blinklicht auf den Fußgängerüberweg aufmerksam zu machen, bedürfe der Zustimmung der Bezirksregierung Arnsberg. Die Verwaltung hält dies derzeit für nicht erforderlich. Zur Ertüchtigung dieses Fußgängerüberweges entstünden Kosten in Höhe von ca. 15.000,00 €, die jedoch im Haushalt 2021 nicht etatisiert seien.

Ratsherr Dudas fragt, ob es möglich sei, ggf. eine andersfarbige Beleuchtung im Bereich der Fußgängerüberwege zu installieren, um sie besser sichtbar zu machen. Er fragt weiter, ob ggf. blau-weiße Manschetten an den dort vorhandenen Laternenmasten installiert werden könnten, um auf den Fußgängerüberweg hinzuweisen.

Herr Hayer antwortet, dass die Beleuchtung bereits vorgegeben sei. Eine Montage von Manschetten an den Laternenmasten sei bisher nur im Bereich von Unfallhäufungsstellen vorgenommen worden. Er schläge vor, nach den zunächst vorgesehenen Maßnahmen zur Ertüchtigung des Fußgängerüberweges zu prüfen, ob Manschetten hier zusätzlich notwendig seien und diese dann ggf. später nachzurüsten

Ohne weitere Diskussion beschließen die Ausschussmitglieder einstimmig bei einer Enthaltung, den Fußgängerüberweg in der Paulmannshöher Straße gemäß dem Vorschlag der Verwaltung zu ertüchtigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	13
Nein-Stimmen:	./.
Enthaltungen:	1

8. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

8.1. Bekanntgaben

8.1.1. Verabschiedung des Ratsherrn Bodenheimer

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass Ratsherr Bodenheimer heute seine letzte Sitzung eines Gremiums im Rat der Stadt Lüdenscheid wahrnehme, weil er Lüdenscheid verlassen werde. Herr Bodenheimer sei zunächst als Sachkundiger Bürger und später dann auch als Ratsherr Mitglied des Bau- und Verkehrsausschusses gewesen. Es sei sehr schade, ihn zu verlieren. Vorsitzender Holzrichter dankt ihm für die konstruktive, sachorientierte und gute Zusammenarbeit und wünscht ihm für seinen neuen Lebensabschnitt in Berlin alles Gute.

8.1.2. Aktueller Sachstand zur Umsetzung der Wahlplakatwerbung

Vorsitzender Holzrichter begrüßt Herrn Rotter und bittet um Vortrag.

Herr Rotter führt aus, dass der Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetrieb Lüdenscheid (STL) gemäß Beschlussfassung derzeit nach ca. 600 Laternenmasten suche, die sich für die Anbringung der Wahlplakate eignen könnten. Bis Ende Mai würden die möglichen Standorte aufgelistet sein. Im Anschluss daran werde auch zusammen mit dem Fachdienst Verkehrsplanung und –lenkung geprüft, ob die seitens STL vorgeschlagenen Standorte auch verkehrsrechtlich umsetzbar seien. Diese Prüfung werde voraussichtlich im Juli abgeschlossen sein, so dass sowohl eine Liste mit den Standorten fertiggestellt als auch die entsprechende Markierung der Laternenmasten durch den STL erfolgen könnten. Er sagt zu, bereits in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses Anfang Juni einen aktuellen Sachstand bekannt zu geben.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

8.1.3. Aktueller Sachstand zur Sanierung der Ortsdurchfahrt Brüninghausen gem. Antwortschreiben des Landesbetriebes Straßen.NRW

Vorsitzender Holzrichter bittet Herrn Rotter um Vortrag.

Herr Rotter führt aus, dass die Ortsdurchfahrt durch den Ortsteil Brüninghausen bereits seit einigen Jahren zum Ausbau durch den Landesbetrieb Straßen.NRW anstehe. Erstmals sei ein Ausbau für das Jahr 2019 vorgesehen gewesen. Hier sei nichts passiert. Auch im Jahr 2020 sei kein Ausbau erfolgt. Für das Jahr 2021 habe der Landesbetrieb Straßen.NRW auf Nachfrage nicht bestätigen können, dass mit der Ausbaumaßnahme begonnen werde. Daraufhin habe die Verwaltung die für den Eigenanteil der Stadt Lüdenscheid erforderlichen Haushaltsmittel nicht im Haushalt 2021 etatisiert. Der Landesbetrieb Straßen.NRW sei entsprechend informiert worden. Auch dass die Haushaltsmittel erst im Jahr 2023 zur Verfügung stehen werden, sei dem Landesbetrieb Straßen.NRW mitgeteilt worden. Dieser habe davon Kenntnis genommen. Sollte die Baumaßnahme schon früher begonnen werden können, werde der Landesbetrieb Straßen.NRW bereits mit der Maßnahme beginnen. Herr Rotter führt weiter aus, dass er auch noch einmal den Hinweis weitergegeben habe, dass vor Beginn der Maßnahme eine Bürgerbeteiligung durch den Landesbetrieb Straßen.NRW erfolgen müsse.

Vorsitzender Holzrichter bedankt sich für die Ausführungen.

8.1.4. Aktueller Sachstand zum Radschutzstreifen in der Parkstraße

Herr Hayer führt aus, dass die Errichtung des Radschutzstreifens in der Parkstraße gefördert werden solle. Der Fördermittelgeber habe noch eine Reihe an Rückfragen wie z.B. nach der vorgesehenen Markierung im Bereich der Bushaltestellen. Die Verwaltung werde nun innerhalb der nächsten zwei Monate einen neuen Förderantrag stellen. Ein Termin für eine Förderzusage und somit für eine Umsetzung könnten daher derzeit nicht benannt werden. Er sagt zu, bei verändertem Sachstand zeitnah zu informieren.

8.1.5. Fußweg in der Bahnhofsallee in Höhe des Pergamonzentrums

Herr Hayer zeigt anhand einer Präsentation, in welchem Bereich der Gehweg nach Fertigstellung des Bauvorhabens Pergamonzentrum wiederhergestellt werden müsse. Eine einfache Wiederherstellung sei jedoch nicht möglich, da seitens des Bauherrn die Höhen zur Straße hin verändert worden seien. So liege das Parkdeck beispielsweise 40 cm über dem Straßenniveau. Die hierdurch entstehenden Rampen von der Straße zum Gehweg und vom Gehweg auf die Zufahrt zum Parkdeck hätten eine Steigung von über 10 %. Auf Nachfrage von Ratsherrn Dudas teilt Herr Hayer mit, dass die Verwaltung jetzt Gespräche mit dem Investor führe, um darauf hinzuwirken, dass dieser die durch seine Veränderung der Höhensituation verursachten Mehrkosten trage.

Herr Bärwolf bestätigt, dass hier das Verursacherprinzip gelte und daher eine Kostenübernahme durch den Investor erfolgen müsse.

8.1.6. Gewidmete Fußwege im Quartier "Oeneking"

Herr Hayer führt aus, dass die im Quartier gewidmeten Fußwege durch Ergänzung der Beschilderung deutlicher erkennbar gemacht werden sollen. Im Bereich des Kindergartens sei dieses besonders wichtig, da hier der Sperrpfosten nicht immer gesetzt sei.

8.1.7. Einrichtung eines Haltverbotes in der Saarlandstraße

Herr Hayer führt aus, dass im Kurvenbereich der Saarlandstraße gegenüber den öffentlichen Stellplätzen ein absolutes Halteverbot eingerichtet werden soll, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Die Anwohner seien durch die Verwaltung diesbezüglich angeschrieben worden. Seitens der anliegenden Wohnungsverwaltung habe keine Bereitschaft bestanden, eigene Stellplätze auf dem Grundstück zu errichten. Durch die Einrichtung des absoluten Haltverbots werden ca. 2 Parkstände auf der Fahrbahn entfallen.

8.1.8. Verlegung der Bushaltestelle in der Hochstraße aus dem Eingangsbereich der Wilhelmstraße heraus; hier: Errichtung eines Witterungsschutzes

Herr Hayer führt aus, dass eine Verlegung der Bushaltestelle in der Hochstraße aus dem Eingangsbereich der Wilhelmstraße grundsätzlich möglich sei. Er weist darauf hin, dass der Alternativstandort dann vor der Häuserzeile liege. Ein Witterungsschutz müsste dann an die privaten Wohn- bzw. Geschäftshäuser montiert werden. Eine Zustimmung der Hauseigentümer hierzu zu erhalten gestaltete sich in der Vergangenheit als schwierig.

8.1.9. Einrichtung eines Halteverbots im Bereich der Heedfelder Straße (Hausnummern 117 - 121) stadteinwärts

Herr Hayer führt aus, dass der Parkstreifen in der Heedfelder Straße stadteinwärts von der Kreuzung Grebbecker Weg/Im Opendahl durch zahlreiche Grundstückszufahrten bzw. –ausfahrten unterbrochen werde. Insbesondere im Bereich der Hausnummern 117 – 121 gestalte sich ein Einbiegen von der privaten Fläche in den fließenden Verkehr der Heedfelder Straße schwierig. Hier sei die Sicht aufgrund des leichten Kurvenbereichs in Verbindung mit den parkenden Fahrzeugen in beide Richtungen nur sehr eingeschränkt, so dass ein Einfahren nicht gut möglich sei. Seitens der Verwaltung seien die Bürger angehört worden. Die Einrichtung eines Halteverbotes wurde von den dort parkenden Fahrzeugführern abgelehnt. Durch das Haltverbot würden ca. 3 – 4 Stellplätze eingezogen, die jedoch ca. 50 m weiter auf dem Seitenstreifen kompensiert werden könnten. In Abstimmung mit der Polizei und dem Landesbetrieb Straßen.NRW als Baulastträger müsse hier die Sicherheit Vorrang finden. Daher werde die Verwaltung veranlassen, dass das Halteverbot eingerichtet werde.

8.1.10. Zusätzlicher Einbau von Berliner Kissen zur Sicherung des Fußgängerverkehrs in der Neuenhofer Straße im Bereich der Einmündung der Zufahrt des Parkplatzes an den Reitplätzen

Herr Hayer führt weiter aus, dass aus der Bürgerschaft angefragt worden sei, ob zur Sicherung des Fußgängerverkehrs in der Neuenhofer Straße ggf. bauliche Maßnahmen durchgeführt werden könnten. Insbesondere im Bereich des ehemaligen Stallgebäudes, das in ein Wohnhaus umgenutzt worden sei, wäre eine Dämpfung des Kraftfahrzeugverkehrs wünschenswert. Leider konnten in der Kürze der Zeit keine Verkehrsdaten erhoben werden, so dass der Eindruck bisher nicht belegt werden könne, dass hier zu schnell gefahren werde. Diese Erhebung könne erst nach Ostern erfolgen. Die Gesamtsituation der touristischen Verkehre, die durch den vorhandenen Parkplatz, die Wegeverbindung zu den Reitplätzen und den umfangreichen Fußgängerverkehr entstehe, müsse hier geprüft werden. Im Kurvenbereich der Neuenhofer Straße seien bereits sog. Berliner Kissen installiert. Die dann folgende lange gerade Strecke enthalte bisher keinerlei bauliche Maßnahmen zur Sicherung des Fußgängerverkehrs. Er sagt zu, dass nach erwartungsgemäßer Feststellung der Verkehrsdaten zunächst eine Prüfung vorgenommen werde, welche baulichen Maßnahmen zur Verkehrsdämpfung möglich seien und diese dann auch umgesetzt würden.

8.1.11. Markierung einer Sperrfläche und Aufstellung von Absperrpfosten an der Leifringhauser Straße/Ecke Kalver Straße zur Sicherung der Fußgängerquerung

Herr Hayer führt aus, dass es mehrere Beschwerden über zu schnell fahrende Fahrzeuge im Bereich der Einmündung Leifringhauser Straße/Kalver Straße gegeben habe. Auf der Leifringhauser Straße befinde sich eine Fußgängerquerung mit Mittelinsel. Insbesondere durch einen im Knick der Leifringhauser Straße stehenden Baum sei die Sichtbeziehung von Fußgängern und aus Leifringhausen kommenden Fahrzeugen schlecht. Hier komme es immer wieder zu gefährlichen Situationen. Die Verwaltung schlage vor, im Kurvenbereich der Leifringhauser Straße aus Leifringhausen kommend, zunächst versuchsweise eine Sperrfläche mit entsprechenden Sperrplatten zu installieren. Dieses müsste die Geschwindigkeiten der Fahrzeuge erheblich reduzieren und damit auch die potenzielle Gefährdung der Fußgänger

minimieren. Eine Überprüfung der dort nach erfolgter Markierung gefahrenen Geschwindigkeiten werde ebenfalls erfolgen.

8.1.12. Einladung zum digitalen Kommunalpolitischen Forum des Zukunftsnetzes Mobilität NRW am 17. April 2021

Herr Hayer erinnert daran, dass das digitale Kommunalpolitische Forum des Zukunftsnetzes Mobilität NRW am Samstag, den 17. April 2021 stattfinde. Die politischen Vertreter hätten dazu bereits eine Einladung per Mail erhalten, weil die Stadt Lüdenscheid hier Mitglied sei. Er lädt noch einmal alle Anwesenden ein, daran teilzunehmen.

8.2. Beantwortung von Anfragen

Entfällt

8.3. Anfragen

8.3.1. Beschädigte Pflanzbeete in der Knapper Straße

Ratsherr Ersching führt aus, dass ihm in der Knapper Straße einige Pflanzbeete aufgefallen seien, deren Befestigungen und Pflanzkübel defekt seien. Insbesondere das Beet an der Ecke Albrechtstraße sei von den Beschädigungen betroffen.

Er fragt, ob dieses bekannt sei und ob seitens der Stadt Lüdenscheid Abhilfe geschaffen werden könne.

Vorsitzender Holzrichter teilt mit, dass dieses in der Zuständigkeit des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) liege. Die Verwaltung leite seine Anfrage weiter und bitte den STL um direkte Beantwortung an ihn.

Ratsherr Ersching bedankt sich.

8.3.2. Rote Pflasterung in der Knapper Straße

Ratsherr Ersching führt aus, dass die rote Pflasterung in der Knapper Straße bereits bei Nässe glatt sei und in zahlreichen Bereichen die Pflastersteine lose seien.

Er fragt an, ob dieses bekannt sei und ob seitens der Stadt Lüdenscheid etwas unternommen werden könne.

Vorsitzender Holzrichter führt aus, dass auch diese Problematik in den Zuständigkeitsbereich des Stadtreinigungs-, Transport- und Baubetriebes Lüdenscheid (STL) falle. Die Verwaltung gebe dieses ebenfalls an den STL mit der Bitte um Beantwortung direkt an ihn weiter.

Ratsherr Ersching bedankt sich.

gez. Jens Holzrichter

Vorsitzender

gez. Stoltefaut-Voß

Schriftführerin